

Ein System, viele Stimmen:

Warum die Kita-Finanzierung bundesweit neu gedacht werden muss

Noch bevor der erste fachliche Input begann, war klar: Hier geht es um mehr als um Finanzierungsmodelle. Als die Teilnehmenden gefragt wurden, was aktuell ihr größtes Problem in der Kita-Finanzierung ist, kamen die Aussagen binnen Sekunden: zu hohe Trägeranteile, Pauschalen, die nicht mehr zur Realität passen, Abrechnungen, die erst Jahre später korrigiert werden, Bürokratie, die Zeit frisst – und fehlendes Vertrauen.

Rund 160 Menschen aus allen Wohlfahrtsverbänden waren am 27. Januar 2026 digital zusammengekommen. Viele von ihnen mit der gleichen Frage im Kopf: *Wie lange funktioniert dieses System noch?* Der Titel der Veranstaltung war deshalb kein Zufall: **„Ein System, viele Stimmen: Bundesweiter Austausch zur Kita-Finanzierung“**. Denn so unterschiedlich die Rahmenbedingungen vor Ort sind – die Sorgen ähneln sich erstaunlich stark.

Der Anlass für diesen Austausch war eine Beobachtung, die sich in den letzten Jahren verdichtet hat. In immer mehr Bundesländern geht es nicht mehr um kleinere Anpassungen. Es geht um die Substanz. Um Finanzierungslogiken, die unter veränderten Bedingungen an ihre Grenzen stoßen. Und um die Verantwortung gegenüber denen, die jeden Tag dafür sorgen, dass frühkindliche Bildung überhaupt stattfindet. Aus diesem Grund haben sich der AWO Bundesverband, das Deutsche Rote Kreuz, der Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder und der Paritätische Gesamtverband für diese Veranstaltung zusammengeschlossen und den bundes- und trägerübergreifenden Austausch organisiert. Dabei sollte der Raum geschaffen werden, in dem vielfältige Perspektiven zusammenkommen.

Im Zentrum stand eine Leitfrage, die den ganzen Tag getragen hat: **Was zeichnet eine Kita-Finanzierung aus, die tragfähig, gerecht und verlässlich ist?**

Dabei war von Anfang an klar: Wer diese Frage ernsthaft beantworten will, muss die föderale Struktur mitdenken – und gleichzeitig anerkennen, dass sich viele Probleme nicht mehr allein auf Landes- oder kommunaler Ebene lösen lassen.

Ein Einstieg, der keine Zweifel ließ

Schon beim Auftakt wurde deutlich, wie groß der Gesprächsbedarf ist. Die Teilnehmenden wurden gefragt, was aus ihrer Sicht aktuell das größte Problem in der Kita-Finanzierung ist. Die Antworten kamen schnell – und zahlreich.

Genannt wurden pauschale Kostenberechnungen pro Kind, die weder Belegungsschwankungen noch steigende Fixkosten berücksichtigen. Trägeranteile, die in manchen Bundesländern bei bis zu 40 Prozent liegen. Kommunen unter massivem finanziellen Druck, der in Verhandlungen direkt an die Träger weitergegeben wird – nicht selten mit dem Ergebnis, dass Fragen der Finanzierung vor Gericht landen. Und immer wieder: der enorme bürokratische Aufwand, etwa bei der Eingliederungshilfe oder bei Sonderprogrammen.

Die Atmosphäre dabei war konzentriert. Viele hörten sehr genau zu, viele nickten. Das war ein klares Signal: **Dieses Thema ist kein Randthema. Es geht für viele Träger um Stabilität, Perspektive – und um Zukunft.**

Warum Kita-Finanzierung kein lokales Problem ist

Einen wichtigen Rahmen setzte der fachliche Impuls von Prof. Dr. Harald Christa von der Evangelischen Hochschule Dresden. Er machte deutlich, wie komplex und unübersichtlich das bestehende System inzwischen ist – und gleichzeitig, dass Investitionen in frühkindliche Bildung sich nachweislich lohnen.

Er zeigte, welche Rückflüsse entstehen: für die Finanzverwaltung, für Sozialversicherungen, für die regionale Wirtschaft. Er sprach über bessere Bildungsbiografien, höhere Erwerbseinkommen, gesundheitliche Effekte. Und er stellte eine Frage, die im Raum blieb: Wenn frühkindliche Bildung eine staatlich garantierte Infrastruktur mit Rechtsanspruch ist – warum trägt der Bund dann finanziell nicht deutlich stärker mit?

Besonders greifbar wurde ein strukturelles Kernproblem: **kindbezogene, pauschalisierte Finanzierungen**. Sie funktionieren nur so lange, wie Kinderzahlen stabil sind. Sinkt die Belegung, bleiben die Kosten trotzdem. Gebäude müssen weiter betrieben, Personal vorgehalten werden und auch die Hauswirtschaftskraft hat dieselben Aufgaben, wenn weniger Kinder in der Einrichtung sind. Viele Pauschalen setzen eine Auslastung von 95 Prozent voraus – ein Wert, der in immer mehr Regionen nicht mehr realistisch ist. Das Risiko tragen die Träger.

Die Zahlen unterstrichen diese Entwicklung: Zwischen 2014 und 2025 ist die Zahl der Kinder um rund 19 Prozent gestiegen, die Zahl der Beschäftigten in Kitas sogar um 50 Prozent. Heute arbeiten 913.997 Menschen in der frühkindlichen Bildung – mehr als in der Autoindustrie. Gleichzeitig gehen die Kinderzahlen regional zurück. Das System steht damit unter einem Druck, für den es bislang kaum Antworten gibt.

Was das in der Praxis bedeutet

Wie sich diese Strukturen im Alltag auswirken, wurde in den Praxisberichten sehr deutlich. Sowohl Astrid Exel (DRK) und Sonja Tragboth (AWO) von der LIGA Thüringen als auch Stefan Spieker von Fröbel e.V. berichteten von zunehmender Planungsunsicherheit. Wenn Finanzierung fast ausschließlich belegungsabhängig ist, müssen Personaleinsätze flexibilisiert werden. Langfristige Arbeitsverträge werden schwieriger – selbst dann, wenn der Bedarf fachlich eigentlich klar ist.

Hinzu kommen finanzielle Risiken, die kaum kalkulierbar sind:

- Erstattungen, die über Jahre ausbleiben.
- Berechnungskriterien, die nachträglich geändert und rückwirkend angewendet werden.
- Rückforderungen, obwohl Maßnahmen zuvor genehmigt waren.

In einzelnen Fällen ging es um Zeiträume von mehr als zehn Jahren. Um sich abzusichern, müssen bei den Trägern Rücklagen gebildet werden – was vielen aber nicht aus den laufenden Mitteln gelingt und z.B. in Nordrhein-Westfalen zum Teil durch das Landesgesetz gedeckelt ist.

Und dann ist da die Bürokratie. Träger dokumentieren, prüfen, begründen kleinste Beträge. Verwaltungskosten steigen, ihre Refinanzierung wird gleichzeitig immer enger begrenzt. Viele beschrieben das Gefühl, mehr Zeit mit Rechtfertigung als mit Gestaltung zu verbringen.

In Thüringen, wie in vielen anderen Regionen kommen die sinkenden Kinderzahlen hinzu. Das führt dazu, dass Träger Sozialpläne aufstellen und tausende Fachkräfte um ihre berufliche Existenz bangen. Kita-Schließungen, gerade im ländlichen Raum verändern schlagartig auch die Möglichkeiten von Eltern, Familie und Beruf zu vereinbaren.

3

Wie eine tragfähige, gerechte und verlässliche Finanzierung aussehen könnte

Im zweiten Teil der Veranstaltung ging es bewusst um die Frage, was gemeinsam erreicht werden kann. Prof. Dr. Ralf Haderlein von der Hochschule Koblenz brachte dazu Thesen ein, wie das gelingen kann.

- **Tragfähig** heißt: Die Finanzierung deckt alle tatsächlichen Kosten der Leistungserbringung ab.
- **Gerecht** heißt: Bei einer staatlich garantierten Leistung darf es keinen strukturellen Trägeranteil geben.
- **Verlässlich** heißt: Finanzierungssysteme sind planbar – für Einrichtungen, Beschäftigte und Familien.

Deutlich benannt wurde auch ein grundlegender Zielkonflikt: Frühkindliche Bildung soll allen Kindern gleiche Entwicklungschancen eröffnen. Das ist ein gesellschaftlicher Anspruch – und der kostet Geld. Wirtschaftlich zu arbeiten ist sinnvoll. **An der Qualität oder an den Kindern zu sparen, ist es nicht.**

Ein Punkt, der bei vielen auf Resonanz stieß, war die Frage nach dem Konzept einer neu ausgerichteten Basisfinanzierung, ergänzt durch kindbezogene Pauschalen – und die Frage, wie Arbeitgeber und Wirtschaft stärker in die Verantwortung genommen werden können.

Gemeinsame Linien aus dem Austausch

In den Breakout-Sessions zeigte sich, wie groß die Schnittmengen über Ländergrenzen hinweg sind. Besonders intensiv wurde darüber gesprochen, was eine verlässliche Finanzierung konkret braucht.

Immer wieder genannt wurden:

- die Dynamisierung der Mittel, um Tarifsteigerungen und Sachkosten realistisch abzubilden,
- der Abbau bürokratischer Hürden, vor allem an Schnittstellen wie der Inklusion,
- klare Definitionen dessen, was Betriebskosten tatsächlich umfassen,
- und eine Grundfinanzierung, die Flexibilität für soziale und regionale Besonderheiten zulässt.

Ein Gedanke zog sich durch viele Gruppen: eine Vollfinanzierung darf die Trägervielfalt nicht gefährden. Im Gegenteil – sie ist eine Stärke des Systems und sollte sichtbar gemacht werden.

Was bleibt – und was jetzt wichtig ist

Am Ende des Tages ließen sich gemeinsame Kernpunkte klar benennen:

Den Wert guter Bildung sichtbar machen: Wenn der gesellschaftliche und wirtschaftliche Nutzen frühkindlicher Bildung klar kommuniziert wird, steigt die Bereitschaft, in Qualität und Personal zu investieren. Sichtbarkeit schafft Rückhalt in Politik und Öffentlichkeit und sorgt dafür, dass Kitas nicht als Kostenfaktor, sondern als zukunftsentscheidende Bildungsinstitutionen wahrgenommen werden.

Auskömmliche Finanzierung sicherstellen: Eine verlässliche Grundfinanzierung ermöglicht es Trägern, pädagogische Qualität abzusichern und notwendige Investitionen zu tätigen. Ohne ausreichende Mittel und durch ungleiche Personalschlüssel in den Ländern entstehen Qualitätslücken, Überlastung des Personals und Ungleichheiten zwischen Regionen.

Bürokratieabbau und Vereinfachung von Verwaltungsabläufen einfordern: Komplexe Förderanträge, Nachweispflichten und uneinheitliche Regelungen binden Ressourcen, die eigentlich für die pädagogische Arbeit benötigt werden. Vereinfachte Verfahren entlasten Träger und Leitungen, schaffen mehr Effizienz und erhöhen die Zeit, die tatsächlich Kindern zugutekommt.

Politisch gewollte Inklusion finanzieren: Inklusion ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die zusätzliche Ressourcen erfordert – etwa für Fachpersonal, Qualifizierung, Assistenz oder barrierefreie Ausstattung. Nur wenn diese Leistungen vollständig finanziert werden, ist echte Teilhabe für alle Kinder möglich.

Trägervielfalt, Subsidiarität und bürgerschaftliches Engagement wertschätzen: Vielfalt bei den Trägern sorgt für unterschiedliche pädagogische Profile, Innovationen und eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft. Damit Vielfalt bestehen kann, brauchen alle Träger faire Bedingungen und dieselben finanziellen Rahmen.

Trägeranteile abschaffen: Eigenanteile der Träger führen zu finanziellen Ungleichheiten und benachteiligen freie Träger. Eine Abschaffung sorgt für Chancengleichheit zwischen Trägern und verhindert, dass wirtschaftliche Aspekte über pädagogische Qualität entscheiden.

Zuverlässigkeit und Planbarkeit der Finanzierungssysteme gewährleisten: Klare, langfristige und prospektive Finanzierungsmodelle – etwa über Landesrahmenverträge – geben Trägern Sicherheit für Personalgewinnung, Bauvorhaben und Qualitätsentwicklung. Planbarkeit reduziert Risiken und stärkt das Vertrauen aller Beteiligten.

Finanzielle Beteiligung des Bundes erhöhen: Da frühkindliche Bildung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist, braucht es eine verlässliche, strukturelle Mitfinanzierung des Bundes. Dies schafft mehr Verteilungsgerechtigkeit zwischen Regionen und ermöglicht bundesweit vergleichbare Qualitätsstandards.

Den demografischen Wandel zur Verbesserung der Qualität und der Angebote nutzen: Sinkende Kinderzahlen bieten die Chance, Qualitätsstandards zu erhöhen, statt Einrichtungen zu schließen. Der Wandel kann genutzt werden, um Gruppen zu verkleinern, Personal zu entlasten und passgenauere Angebote zu entwickeln.

Der bundesländerübergreifende Austausch hat gezeigt: Viele Probleme treten nicht isoliert auf. Es wurde deutlich, dass kleine Korrekturen nicht mehr ausreichen. Wenn

etwas verändert werden soll, dann braucht es dafür einen systemischeren Blick – und eine starke gemeinsame Stimme.

Wie geht es weiter? – Kita-Finanzierung größer denken!

Der 27. Januar war ein neuer Anfang zu dem Thema. Aus dem Austausch sollen weitere Schritte folgen: gemeinsame Positionen, Veröffentlichungen, eine stärkere Ansprache von Landes- und Bundespolitik.

Jetzt kommt es darauf an, Kita-Finanzierung größer zu denken, die notwendigen systemischen Veränderungen klar zu benennen und den gemeinsamen Weg dorthin konsequent zu verfolgen.

Das gemeinsame Diskutieren und Handeln von Akteuren auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene ist nötig, wenn das System grundlegend verändert werden soll – und das ist nötig, um der Relevanz von Kindertageseinrichtungen nachzukommen.

Denn eines ist klar geworden: **Ein System kann viele Stimmen haben. Aber ohne gemeinsame Richtung wird es nicht tragfähig sein.**



AWO Bundesverband e. V.

Dr. Judith Adamczyk - judith.adamczyk@awo.org



Verband Katholischer Tageseinrichtungen für Kinder (KTK) - Bundesverband e. V.

Katharina Broer – katharina.broer@caritas.de



Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V. (Der Paritätische)

Niels Espenhorst – kifa@paritaet.org



Ein System, viele Stimmen: Bundesweiter Austausch zur Kita-Finanzierung

Deutsches Rotes Kreuz e. V. – Generalsekretariat

Sabine Urban – s.urban@drk.de
